



HESSISCHER LANDTAG

13. 09. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Frieden, Abrüstung und internationale Solidarität

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekräftigt das Friedensgebot der Hessischen Verfassung als Erbe und Auftrag. "Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."
2. Der Hessische Landtag lehnt die Neuausrichtung der Bundeswehr zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee ab. Er fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat entschieden dafür einzusetzen, dass die Rüstungsexporte in Krisenregionen verboten und die Rüstungsausgaben drastisch gesenkt werden. Das Ende der zivilen Nutzung der Atomkraft muss auch das Ende aller Atomwaffen sein; Deutschland muss atomwaffenfrei werden.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Aktionen und Initiativen der Friedensbewegung für Abrüstung und internationale Verständigung zu unterstützen. Besonders Menschen, die den Kriegsdienst verweigern, stehen unter dem besonderen Schutz des Landes; Kriegsgegnern aus anderen Ländern wird Asyl gewährt. Begegnungen von Menschen aus unterschiedlichen Kriegs- und Krisengebieten (z.B. die Initiative "Ferien vom Krieg") werden unterstützt.
4. Der Hessische Landtag betont, dass in Schulen und Hochschulen die Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung oberste Priorität hat. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Auftreten von Militär und die Rüstungsforschung in Schulen und Hochschulen zu untersagen.
5. Der Hessische Landtag fordert die sofortige Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Krieg und Gewalt sind keine Mittel, um Frieden und Freiheit zu sichern; sie dürfen kein Mittel der Politik sein. Der Schutz vor Katastrophen muss zivil organisiert werden, dazu bedarf es keiner Militarisierung der Gesellschaft. Bildungsmessen und Festveranstaltungen, wie der Hessentag, dienen der Information, der Begegnung und dem gegenseitigen Kennenlernen, für die Rekrutierung für den nächsten Krieg darf dort kein Platz sein.
6. Der Hessische Landtag fordert die Entmilitarisierung Hessens. Die Landesregierung wird aufgefordert, sowohl die Planungen für die zivile Nutzung von Militärstandorten als auch die Wiedereingliederung von Bundeswehrangehörigen ins zivile Berufsleben, jetzt öffentlich - mit Verantwortlichen der betroffenen Regionen und Kommunen, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern - anzugehen. Der Umbau in zivile Einrichtungen soll sozial-ökologischen Vorstellungen folgen. Im Biosphärenreservat Rhön wird der Truppenübungsplatz Wildflecken geschlossen und dieses Terrain wird Teil der Kernzone des Biosphärenreservates. Der Landtag fordert: Hessen darf kein Standort für ausländische Militäreinrichtungen sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. September 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen